

Solothurn

«Stimme des Wassers» will laut werden

Von Urs Mathys



Schenkt in Sachen Wasser reinen Wein ein: Martin Würsten, früherer Umweltamt-Chef, engagiert sich bei 4aqua. Bild: Tom Ulrich

Eine Million Menschen im Mittelland erhalten pestizidbelastetes Trinkwasser, das die Lebensmittelanforderungen nicht erfüllt. Fachwelt und Verbände, die das Thema Gewässerschutz auf ihre Fahne geschrieben haben, meldeten sich bisher politisch kaum zu Wort. Das soll sich nun mit der neuen Interessengemeinschaft 4aqua ändern: «Dem Schutz der Gewässer fehlte bisher eine deutlich wahrnehmbare Stimme der Fachwelt. Diese Lücke wollen wir nun füllen», sagt 4aqua-Sprecher Martin Würsten.

Dass es höchste Zeit zum Handeln ist, das weiss Würsten nur zu gut: Der 65-Jährige war bis Ende Februar dieses Jahres Chef im Amt für Umwelt des Kantons Solothurn. Eines Kantons, dessen drei wichtigste Grundwasservorkommen nahezu flächig mit Rückständen des Fungizids Chlorothalonil belastet sind. Und wo deshalb mehrere Trinkwasserfassungen ausser Betrieb genommen werden mussten.

Hier Abwasserreinigung – dort Pestizideinsatz

Einen Teil seines Unruhestands setzt der ETH-Ingenieur nun für die erst vor zwei Monaten gegründete Interessengemeinschaft 4aqua ein. Der Organisation, die sich selber «die Stimme des Wassers» nennt, haben sich bereits über 80 Fachleute und Wissenschaftler mit Kompetenzen im Wasserbereich angeschlossen. Ihr Anliegen: «Den Eintrag von Pestiziden und anderen Schadstoffen in die Gewässer deutlich zu reduzieren, damit die Schweizer Gewässer wieder einen naturnahen, artenreichen Zustand erlangen und Trinkwasser ohne aufwendige Aufbereitung aus lokalen Grundwasserressourcen gewonnen werden kann.»

Sauberes Wasser zu fordern, heisse nicht «grün» oder «links» zu sein, sagt 4aqua-Vertreter Würsten. Im Gegensatz zu bestehenden Fachverbänden kan-

tonaler und kommunaler Wasserfachleute, die mit politischen Forderungen nicht in den Ruf politischer Einseitigkeit geraten wollen, will die Interessengemeinschaft durchaus deutlich werden. Etwa, wenn sie in einer Mitteilung klar auf die schreiende «Asymmetrie im Schweizer Gewässerschutz» hinweist: In den letzten Jahren seien 50 Milliarden Franken in die Abwasserreinigung investiert und damit beachtliche Verbesserungen im Gewässerschutz erzielt worden – während andererseits «die Schweizer Landwirtschaft jährlich mehrere Milliarden Franken an Subventionen erhält, ohne dass die Gewässerbelastung durch die Landwirtschaft genügend reduziert werden konnte».

Die Diskrepanzen könnten grösser nicht sein, verdeutlicht Würsten: «Während mit einer weiteren Reinigungsstufe in den Abwasserreinigungsanlagen mit erheblichem Aufwand Mikroverunreinigungen aus den Siedlungsabwässern eliminiert werden, gelangen durch die konventionelle Landwirtschaft Pestizide direkt in die Umwelt und in unsere Gewässer.» Dazu komme, dass die Problematik der Nährstoffüberschüsse aus der Landwirtschaft bis jetzt ungeklärt bleibt.

Es gehe nicht darum, die Landwirtschaft anzuschwärzen, betont er. Doch das Mittelland, wo mit einer sehr intensiv betriebenen Landwirtschaft möglichst viele Kalorien produziert würden, sei bezüglich Grundwasserbelastung auch die eigentliche «Problemzone».

Ein klares Bekenntnis zur Trinkwasser-Initiative

Für die Interessengemeinschaft ist jedenfalls klar, dass «die Landwirtschaft noch enormen Handlungsbedarf hat». Der Einsatz von Nährstoffen und Pestiziden sei «nach wie vor deutlich zu gross und sehr problematisch für Gewässer und Trinkwasser». Grund genug, dass die hängige Trinkwasser-Initiative unterstützt wird, gemäss der keine Subventionen und Direktzahlungen für den Pestizid- und den vorsorglichen Antibiotika-Einsatz in der Landwirtschaft mehr bezahlt werden sollen.

Grundsätzliche Unterstützung von 4aqua findet auch die von der ständerätlichen Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK-S) eingereichte parlamentarische Initiative «Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren». Hier seien aber noch substanzielle Nachbesserungen nötig, so Würsten. Die laufenden Diskussionen in der WAK-S würden bisher vielversprechend verlaufen, und es bestehe die Aussicht, dass den Interessen des Gewässerschutzes noch stärker Nachachtung verschafft werden könnte. Für diesen politischen Weg spreche, dass so rascher Resultate erzielt werden könnten als mit der Trinkwasser-Initiative und deren Übergangsfristen von acht Jahren.

Strengere Zulassung – Zuständigkeit neu regeln

Weitere Forderungen der Interessengemeinschaft sind eine Lenkungsabgabe auf Pestiziden, pestizidfreie Schutzgebiete in den Zuströmbereichen von Trinkwasserfassungen, das Verbot für besonders kritische Wirkstoffe sowie eine Reform des Zulassungsverfahrens für Pflanzenschutzmittel. Letzteres sei bisher einseitig auf die Interessen der Hersteller ausgerichtet, wird kritisiert. Hier sei deshalb künftig die stärkere Gewichtung des Gewässer- und damit des Gesundheitsschutzes zwingend. Das Zulassungsverfahren, so verdeutlicht Würsten, «gehört nicht weiter in den Zuständigkeitsbereich des Bundesamtes für Landwirtschaft».

Für den 4aqua-Vertreter ist jedenfalls klar: «Etliche Pestizide, die heute frei verkauft und eingesetzt werden dürfen, könnten das Chlorothalonil von morgen sein.» Deshalb müsse alles darangesetzt werden, problematische Stoffe gar nicht erst einzusetzen. Denn: «Sind sie einmal im Grundwasser drin, dauert es Jahrzehnte, bis sie sich einigermaßen abgebaut haben.»